

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.

Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen wirtl. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr viertelj. M. 1.20
ausserhalb desselben M. 1.30.
hievu Postgelde 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfändigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle etc.

Beitrag für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.

Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.

Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.

Abonnements
nach Uebereinkunft.

Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.



Nr. 35

Wildbad, Samstag den 11. Februar

1905

Wochenrückblick.

Der wirtl. Landtag hat die neue Gemeinde- und die neue Bezirksordnung in der Schlussabstimmung mit je 70 gegen 5 Stimmen angenommen und ist, nachdem noch der Staatsvertrag zwischen Württemberg und Bayern betreffend die Grenzregulierung angenommen worden war, in Ferien gegangen. Ueber den hauptsächlichsten Inhalt der neuen Gemeindeordnung haben wir vorgestern einen zusammenfassenden Artikel gebracht. Ueber die neue Bezirksordnung kann man sich aus der heutigen Nummer näher unterrichten. Jetzt hat noch die Erste Kammer ihre Zustimmung zu geben, die ihr bezüglich der Abschaffung der Lebensfähigkeit hoffentlich nicht allzu schwer fallen wird. In der verflochtenen Woche hat die Erste Kammer geschwind wieder von sich reden gemacht: Sie genehmigte die Vereinigung von Gamsstatt, Untertürkheim und Wangen mit Stuttgart, trat aber der von der Zweiten Kammer unter Zustimmung der Regierung beschlossenen Resolution betr. die landständische Vertretung von „Groß-Stuttgart“ nicht bei. Spielt diese Sache doch in die Verfassungsrevision herein; und solche Dinge behagen der Ersten Kammer nicht!

Die „agrarisches Woche“, die mit einer drei Tage währenden Sitzung des preussischen Landesökonomikollégiums am Donnerstag voriger Woche eingeleitet wurde, geht ihrem Ende entgegen. In die Tagung des offiziellen Rates des preussischen Landwirtschaftsministeriums schlossen sich die Beratungen des deutschen Landwirtschaftsrats, und den Qualifikations des Zusammenkommens so vieler agrarischer Elemente in Berlin bildet die große Gala-Vorstellung, die der Bund der Landwirte im Zirkus Busch gibt. Da kam der Herr Direktor Dr. Dietrich Hahn sein agrarisches Köhlein in der hohen Schule vorführen, ohne daß ihm Herr v. Kröcher oder Herr v. Kardorff oder der nationalliberale Herr Wallbrecht in die Fänge fallen, wie dies in den letzten Sitzungen des preussischen Abgeordnetenhauses der Fall war. Es wird wieder ein ordentlicher Hahnenkrieg werden!

Das Agrariertum hat sich gerade zur rechten Zeit in Berlin eingefunden. Es kann dort eine doppelte Siegesfeier begehen. Im preussischen Landtag hat es die Umgestaltung der Kanalvorlage zu einem Wechselbald durchgesetzt, von dem der Abg. Dietrich Hahn allerdings sagen konnte, daß er das Geld der Steuerzahler nicht wert sei — nur verschwiegen er dabei, daß die Erzeuger dieser Mißgeburt ja gerade die Agrarier sind. Im Reichstag begann die Beratung über die Handelsverträge, die auch einen Erfolg des Agrariertums darstellen, an den man um die Jahrhundertwende noch gar nicht zu denken wagte. Man befand sich auch im Landesökonomikollégium wie im Landwirtschaftsrat in ziemlich gehobener Stimmung und verzichtete diesmal darauf, über den ungenügenden Zollschutz die früher üblichen Klagen anzuhören. Man hat das dem Bund der Landwirte für seine Zirkusversammlung überlassen. Der Landwirtschaftsminister v. Pobieliski wie Reichskanzler Graf Bülow glaubten aber, die Behauptung zurückweisen zu müssen, daß die neuen Handelsverträge „unter unerträglichen Opfern für die Industrie“ abgeschlossen worden seien. Opfer also doch! Nur hält sie die Regierung nicht für „unerträglich“!

Der Verlauf, den die Handelsvertragsdebatte bisher im Reichstag genommen hat, läßt bereits eine Mehrheit für die neuen Handelsverträge erkennen. Die Rechte, die Nationalliberalen und das Zentrum sind entschlossen, diese Verträge zu retten, — nicht etwa als das kleinere Übel gegenüber dem Zollkrieg; sondern diese Parteilungen halten in ihrer Mehrzahl die neuen Verträge für ganz annehmbar! Etliche von ihnen denken in ein paar Jahren vielleicht doch ein wenig anders! Namentlich, wenn noch Verkehrshemmungen im Innern dazu kommen. Die Erhebung von Schiffsabgaben auf den freien Strömen hat außer dem Reichstag, wo Abg. Conrad Paulmann sich im Interesse der süddeutschen Industrie und des süddeutschen Handels sehr lebhaft gegen diese Verkehrshemmung wehrte, auch den preussischen Landtag beschäftigt. Im Reichstag fehlte die Möglichkeit eines Beschlusses, da Interpellationen nur theoretische Aus-

einandersetzungen zur Folge haben können. Im Abgeordnetenhause dagegen wurde trotz der Frachtbriefstempel und Connossemente beschlossen, daß mit der Inbetriebsetzung des Mittelkanals Schiffsabgaben auf den bisher freien Strömen, insbesondere also auf dem Rhein und der Elbe, erhoben werden müssen. Dieser Beschluß ist unter Zustimmung der preussischen Staatsregierung gefaßt worden, obgleich solche Gebühren auf freien Strömen durch die Reichsverfassung unterlag und durch internationale Verträge ausgeschlossen worden sind. Man half sich damit, daß man erklärte, der Rhein sei kein „natürlicher Strom“, sondern eine künstliche Wasserstraße!

Der Beschluß der Delegiertenversammlung der Bergleute im Ruhrrevier, den Kohlenstreik gemäß den Vorschlägen der Siebener-Kommission aufzuheben, hat aus den Reihen der streikenden Arbeiter heraus starken und zum Teil stürmischen Widerspruch erfahren. Es scheint sogar, daß die Führer des Streiks der Gefahr, tatsächlich angegriffen zu werden, ausgesetzt waren, als sie den Beschluß auf Beendigung des Ausstands verkündeten. Sie werden natürlich von vornherein damit gerechnet haben, daß unter der Arbeiterschaft keine einstimmige Auffassung erzielt werden würde. Wo über 200 000 Köpfe sind, da müssen in einer derartigen Frage die Meinungen natürlich auseinandergehen. Wir sind, wie an anderer Stelle dargelegt, der Ansicht, daß der Beschluß der Delegiertenversammlung zweckmäßig und zeitgemäß war. Der Streik hat die Arbeiter um ein gutes Stück auf ihrem Wege nach wirtschaftlicher Besserstellung und sozialer Gerechtigkeit vorangebracht. Und ein Weiterstreiken hätte die Erfolge leicht wieder in Frage stellen können. Zwar haben sich die Arbeitgeber nicht zu Verhandlungen bequemt. Aber um so größer war die Billigung, die den Arbeitern bei allen neutralen Instanzen zuteil wurde. Vor allen Dingen hat die Regierung das neue Berggesetz veranlaßt. Die Bedingung des „Wohlverhaltens“, die von der Regierung gestellt wurde, haben die Arbeiter erfüllt. Es ist nicht zu Ausschreitungen und nicht zu Gewaltmaßnahmen gekommen. In aller Ruhe und umso deutlicher ist die Lage der Bergarbeiter samt ihren Beschwerden durch den Streik aller Welt vor Augen geführt worden, und so stark war der Eindruck, daß die Arbeiter die allgemeine Sympathie erhielten. Dadurch, daß sie nun in ihrer Mehrzahl es über sich gewonnen haben, mit dem teilweisen Erfolg zufrieden zu sein, haben sie den Scharfmachern den Wind aus den Segeln genommen. Niemand kann bei der weiteren parlamentarischen Erledigung der Berggesetznovelle aufstehen und sagen, diese oder jene Bestimmung kommt den Arbeitern zu weit entgegen, ist zu nachgiebig, wird von den Arbeitern nicht verdient. Vielmehr muß sich die ganze Beratung unter dem Eindruck der Erkenntnis vollziehen, daß sich das Unternehmertum halsstarrig und unbeeigelt gezeigt hat, und daß daher die neuen Paragraphen den Arbeiter und den Staat schützen müssen gegen die Machtansprüche der Kohlenbergwerkbesitzer, die mit den Bodenschätzen des Landes nach Belieben umspringen möchten, ohne Rücksicht auf das öffentliche Interesse und auf die Volkswohlfahrt.

Der französische Ministerwechsel hat die Hoffnungen der Reaktion in Frankreich nicht erfüllt. Die neue Regierung brachte in der Kammer bereits den Antrag auf vollständige Trennung von Staat und Kirche ein. Staat und Gemeinde dürfen nach dem Entwurf künftig keine Mittel mehr für kirchliche Zwecke aufbringen. Die Kirche bzw. die „religiösen Gesellschaften“ sollen ihre Geldbedürfnisse selbst aufbringen und befriedigen. Die bisherigen Kultusgebäude bleiben Eigentum der Gemeinde, die sie zwei Jahre lang den neuen Religionsgesellschaften zur Verfügung hält. Ferner werden Pensionen für die bisherigen Geistlichen bis zur Maximalhöhe von 1200 Franks vorgezogen.

Auf dem Kriegsschauplatz in der Mandchurie ist's auf die letzten Kämpfe am Schaho wieder ganz still geworden. Um so mehr haben die Rabalen zu spielen begonnen. Wie es heißt, ist Skropatkin beim Kaiser in Ungnade gefallen, seine Absetzung soll bevorstehen. Als sein Nachfolger wird der schneidige Kavalleriegeneral Großfürst Nikolai Nikolajewitsch genannt. Den Friederichs nachrichten, die besonders von Paris aus

in der letzten Zeit mit Eifer verbreitet werden, ist vorerst keine Beachtung zu schenken. Der Zar hat den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen erneut eingeladen, sich nach dem russischen Hauptquartier in der Mandchurie zu begeben, und der Prinz wird angeblich den Großfürsten Nikolajewitsch dahin begleiten. Das sieht also gar nicht so aus, als ob die Russen des Krieges würde wären. Auch hat sich der Generalgouverneur von Petersburg, Trepow, gegenüber einem Korrespondenten der „Zit. Ztg.“ erst Donnerstag dahin ausgesprochen, daß der Krieg für Rußland siegreich enden werde. Da die Russen aber von einem „Sieg“ heute noch ebenso entfernt sind wie zu Beginn, werden sie wohl noch weiter kämpfen müssen. Und der Kriegsausbruch liegt nun doch schon ein Jahr zurück. Am 8. dieses Monats hat es sich gezeigt, daß die Japaner Port Arthur angriffen und dabei die russischen Linienfahrzeuge „Retwisan“, „Pallada“ und „Zefarewitsch“ schwer beschädigten.

Die neue Bezirksordnung

hat das öffentliche Interesse weit nicht in dem Maße in Anspruch genommen, wie die Gemeindeordnung. Schon der Umstand, daß ihre Beratung nur sieben Sitzungen in Anspruch nahm, zeigt den Unterschied gegenüber der Gemeindeordnung, bei der die einzelnen Abgeordneten viel mehr den Stoff des Gesetzes auf Grund ihrer Erfahrungen beherrschten, aufs deutlichste an.

Und doch sind es nicht unwichtige Gebiete, welche durch die Bezirksordnung ihre gesetzliche Regelung gefunden haben.

In erster Linie wurde die staatliche Verwaltung in den Oberamtsbezirken durch die Oberämter geregelt. Leider hat die Regierung es unterlassen, die Verwaltung durch die dem Oberamt vorgesetzten Behörden, die Kreisregierungen und das Ministerium, in das Gesetz einzubeziehen. Dies wäre besonders deshalb richtig gewesen, weil dadurch entsprechend der neuen Einrichtung des Bezirksrates bei den Kreisregierungen die Mitwirkung des Laienelementes bei der Verwaltung des Landes in umfangreicherem Maße gebracht hätte. Doch hat der Minister wiederholt feierlich versprochen, daß in Bälde auch eine Kreisordnung dem Landtag vorgelegt werde, welche den Kreisregierungen durch Zuziehung von Laien neues Leben und neues Blut in die etwas bureaukratisch verrosteten Glieder führen soll.

Die Kosten der Vollstreckung der oberamtlichen Strafen, welche bisher von den Amtskörperschaften zu tragen waren, weshalb auch die oberamtlichen Gefängnisse bisher mit wenig Ausnahmen im Eigentum der Amtskörperschaften standen, sind jetzt vom Staat übernommen. Das bedeutet eine Erleichterung der Amtskörperschaften um jährlich 125 000 Mk. Die Amtskörperschaften müssen dagegen ihre Gefängnisse an den Staat abtreten.

Aus den Gemeinden der Oberamtsbezirke werden nach wie vor die Amtskörperschaften gebildet, welche wirtschaftliche Aufgaben, wie die Herstellung und Unterhaltung von Straßen, Krankenhäusern, Sparkassen, zu besorgen haben. Die Verhältnisse der Oberamtsparzellen wurden in praktischer Weise im Gesetz geregelt. Es ist jetzt durch das Gesetz dafür gesorgt, daß die Ersparnisse der Einleger nicht beliebig zu allen möglichen anderen Dingen, die mit den Oberamtsparzellen gar nichts zu tun haben, verwendet werden können. Die Vertretung der Amtskörperschaft bildet die Amtsversammlung mit dem Oberamtsparzellen als Spitze. Die Mitglieder der Amtsversammlung werden in den einzelnen Gemeinden von den bürgerlichen Kollegien gewählt. Die Linke wollte unter Führung des vorkommlichen Berichterstatters den gesetzlichen Vorsitz des Oberamtsparzellen besetzen, die Amtsversammlung sollte den Vorsitzenden aus der Mitte der gewählten Mitglieder führen, die Mitglieder der Amtsversammlung sollten von der Bürgererschaft direkt gewählt werden und zwar anlässlich der Gemeinderatswahlen, damit eine rege Beteiligung gesichert wäre. Die Mehrheit der Kommission, in welcher die Schultheißen, die ja noch in der Amtsversammlung dominieren, zu stark vertreten waren, wie die Kammer selbst lehnten diese Anträge ab.

Der Schwerpunkt der Verwaltung der Amtskörperschaften wird aber künftig nicht in der jährlich meist nur einmal tagenden Amtsversammlung, sondern in der Amtsversammlungsausschuss, der in Zukunft Bezirksrat heißt, liegen. Der Bezirksrat hat aber außer den bisherigen Geschäften des Ausschusses auch noch weitgehend an der staatlichen Verwaltung der Oberamtsbezirke mitzuwirken. Bei der Gemeindeaufsicht ist vielfach nicht mehr das Oberamt allein, sondern der Bezirksrat die Aufsichtsbehörde. Dann aber wurde entgegen dem Regierungsentwurf auf Antrag des Berichterstatters gesetzlich festgelegt, daß anstatt des Oberamts der Bezirksrat auf weiten Gebieten der Gewerbeordnung die erste Instanz bilden soll, so bei der Genehmigung einer großen Anzahl von lästigen Anlagen, bei der Konzession von Wirtschaften und anderen genehmigungspflichtigen Gewerben. Auch bei Erlassung von bezirkspolizeilichen Vorschriften soll der Bezirksrat in Zukunft mitwirken. Es sind also eine ganze Reihe wichtiger Funktionen, die in Zukunft dem Bezirksrat übertragen sind. Wenn nun, wie im Entwurf vorgesehen war, die Mitglieder des Bezirksrats von den Amtsversammlungen zu wählen sind, so war, da die Amtsversammlungen als wirtschaftliche Vereinigungen der Gemeinden in ihrer Mehrheit von den Vorstehern dieser Gemeinden zusammengesetzt waren, vorauszuweisen, daß auch der Bezirksrat, wie bisher der Amtsversammlungsausschuss, in Zukunft fast nur aus Schultheißen bestehen werde. So aber denkt sich das Volk seine Mitwirkung an der Verwaltung nicht. Da also in den Amtsversammlungen in der Mehrheit nur Ortsvorsteher den Bezirksrat wählen, so sollten nach dem Antrag der Volkspartei die Ortsvorsteher nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder des Bezirksrates aus ihrer Mitte zu wählen berechtigt sein. Dieser Antrag ging zwar nicht durch, dafür aber ein Antrag, daß nur die Hälfte der Mitglieder des Bezirksrates gleichzeitig der Amtsversammlung angehören dürfe. Dadurch glaubt die Kammer Sicherheit geschaffen zu haben, daß, da beinahe alle Ortsvorsteher Mitglieder der Amtsversammlung sind, die Hälfte der Mitglieder des Bezirksrats nicht dem Ortsvorsteherstand angehören. Ob nicht manche Ortsvorsteher auf die Wahl in die Amtsversammlung verzichten, um dann von den Kollegen in der Amtsversammlung sich in den Bezirksrat wählen zu lassen, wird die Zukunft lehren.

Das Verfahren im Bezirksrat wurde dahin geregelt, daß in den Fällen der mündlichen Verhandlung diese öffentlich ist.

Das Recht der Beamten der Amtskörperschaft, das Vermögensverwaltungsrecht der letzteren und das Aufsichtsrecht des Staates über die Amtskörperschaftsverwaltung wurde nach den entsprechenden Bestimmungen der Gemeindeordnung geregelt.

Größe Umwälzungen wird daher das neue Gesetz nicht bringen, wohl aber wird es bestehende Verhältnisse in geordnete gesetzliche Schranken einweisen und die direkte Mitarbeit des Volkes an der Verwaltung einführen. Rücksicht ist in dem Gesetz gegen bisher keiner enthalten, wohl aber mancher nette kleine Fortschritt. Und wenn die Frauen die besten sind, von denen am wenigsten gesprochen wird, und wenn man das auch auf die Gesetze anwendet, so wird die Bezirksordnung ein recht gutes Gesetz genannt werden dürfen.

Der Streik im Ruhrrevier beendet?

Die gestrige Delegiertenversammlung der Ruhrbergleute hat eine Resolution für die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Scheinbar haben die Streitenden noch nichts errungen. Unerfährlicher beharrt der Bergbauverein auf seinem Standpunkt. Aber seitdem das preussische Ministerium die Novelle zum Berggesetz angekündigt hat, seitdem die ganze öffentliche Meinung sich zu der Sache der Streitenden bekannt hat, haben die Arbeiterführer in jeder Versammlung gesagt: „Wir haben gewonnen.“ Das war keine rhetorische Phrase. Der Streik war für die Streitenden mit der Ankündigung des Bergnotgesetzes gewonnen, und die Verhandlungen des Reichstages vom vorletzten Mittwoch und Freitag haben den Sieg gesichert. Die Streitenden haben weit mehr erreicht, als einen Sieg über den Bergbauverein — sie haben die preussische Bureaucratie bezwungen. Daß das preussische Ministerium das Berggesetz im Sinne der Arbeiterforderungen abändern will, ist ein großer Erfolg. Neben diesem einen verschwindet sogar der Vorteil, daß die Verbesserungen des Gesetzes dauernde sind, während die Zusicherungen des Bergbauvereins, wie die Erfahrungen seit 1889 zeigen, im Lauf der Jahre eine nach der andern fallen. Aber noch aus einem andern Grunde konnten die Arbeiter mit Recht sagen: „Wir haben gewonnen.“ Zu Anfang des Streiks waren 111 000 Bergleute organisiert in vier Verbänden, von denen die beiden großen sich auf Leben und Tod bekämpften. Die Organisationen hatten so wenig ihre Leute in der Hand und einen so geringen Einfluß auf die gesamten Belegschaften, daß der Streik wider ihre Absicht losbrach und sie schließlich den Generalfeststreik erklären mußten, um nicht die Herrschaft zu verlieren. Heute sind rund 200 000 Bergleute im Ruhrgebiet organisiert, und weit wichtiger noch als dieses Wachstum ist es, daß die Organisationen einzig sind, und daß sie ihre Mitglieder und darüber hinaus die große Mehrheit der Bergleute in ihrer Disziplin haben. In den Streikwochen sind die 200 000 Mann aus einer ungefügen Masse ein diszipliniertes Heer geworden. Die Siebener-Kommission hat das Vertrauen und damit auch das Kommando über die Streitenden. Vor drei Wochen konnte noch der Bergbauverein mit einem gewissen Recht das Mandat der Siebener-Kommission anzuweisen, heute ist sie das Zentralorgan der Bergarbeiterschaft auf der gleichen materiellen und formellen Berechtigung wie der Bergbauverein für die Zechenverwaltungen.

Die Bergarbeiter haben also den Streik gewonnen. Daß der Bergbauverein immer noch nichts von Verhandlungen wissen will, ändert daran nichts; er giebt der Arbeiterchaft einen Trumpf mehr in die Hand dafür, die öffentliche Meinung auf ihrer Seite zu erhalten. Die Arbeiterchaft hatte aber den Sieg noch nicht in der Tasche. Sie stand jetzt am Wendepunkt der Schlacht. Führt sie im rechten Augenblick zu Ende, dann ist das Ende gut. Jeder Tag Verlängerung des Kampfes über den richtigen Augenblick hinaus würde ihr den Sieg mehr und mehr aus der Hand gleiten zu lassen. Darum war der Vertrauensmännerbeschuß zweckmäßig, wenn er aus den Reihen der Streitenden heraus auch lebhaft angefochten wird.

Eine württembergische Trikotweberei

schreibt der „Ff. Ztg.“ zu den neuen Handelsverträgen: Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir nach den Vertragsländern früher einen ziemlich großen Export in Trikotwaren gemacht haben. Schon der letzte Zolltarif legte unserm Fabrikat nach Rußland, Oesterreich, Italien, Rumänien und der Schweiz die größten Schwierigkeiten auf, und nur mit Anstrengungen aller Art in Bezug auf Neuheiten war es möglich, noch ein kleines Resultat zu erzielen. Der neue Tarif macht alles illusorisch und, obgleich wir seit Jahren allen Behörden (wir fügen als Beweis hierfür Abschrift unseres Berichtes schon vom Jahre 1898 an das Ministerium zu Berlin hier bei), die uns aufgefordert haben, auch dem württembergischen Minister des Innern, der sich viele Mühe gegeben hat, klar gelegt haben, daß unsere Industrie aufhören muß, nach den in Frage stehenden Ländern zu arbeiten, wenn die Zölle nicht mindestens unseren Eingangszöllen (die ein Drittel bis zur Hälfte der Ausgangszölle betragen) gleichgestellt werden, hat, wie es den Anschein hat, alles nichts genützt, im Gegenteil wurden die Zölle gegen früher teilweise noch erhöht. Für baumwollene Wirkwaren z. B. erheben: Deutschland 95 Mark, Italien 150 Lire und 50 Prozent, Oesterreich 180—250 Kronen, Rußland 75 Rubel und 30 Prozent, Rumänien 120—140 Lei. Es ist also alle weitere Mühe für uns umsonst. Wir verlieren unsere Ausfuhr und die Regierung wird schon noch zur Einsicht kommen, wohin unsere Zollpolitik unser Vaterland führt.

Der Landtag

nahm in der Schlussabstimmung den Entwurf der Gemeindevorordnung mit 70 gegen 5 Stimmen an. Mit Nein stimmten Freih. v. Breitschwert, Freih. v. Rechter, Freih. v. Sedendorf, Freih. v. Gaisberg-Schödingen, Prälat v. Wittich. Der Entwurf der Bezirksordnung wurde ebenfalls mit 70 gegen 5 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten: Freih. v. Breitschwert, Freih. v. Sedendorf, v. Gaisberg-Schödingen, Prälat von Wittich. Die Eingaben werden für erledigt erklärt. Der Staatsvertrag zwischen Württemberg und Bayern (Grenzregulierung) wurde ohne jegliche Debatte genehmigt. Nach Verlesung des Verlagsvertrages wünscht Vizepräsident v. Kiene gute Ferien und baldiges Wiedersehen.

Reichstags-Brief.

Berlin, 9. Febr.

Die Handelsverträge.

Erste Beratung der Handelsverträge, ein großer Tag für das Haus! Der Saal ist gut besetzt. Um 1/3 Uhr erscheint der Reichskanzler. Der erste Redner beginnt. Es finden zahlreiche Begrüßungen statt. Herr Singer macht mit Herrn Bachem Geldgeschäfte und nimmt mit Vergebung einen Betrag in Empfang. Inzwischen legt der Zentrumssagrarier Herold den Standpunkt seiner Partei zu den Verträgen dar. Wenn er auch beklagt, daß der Malz und der Hopfen sehr schlecht wegkommen sind und wünscht, daß der Deklarationszwang für Verschnittweine eingeführt werde (die wohlbeleibten Herren vom Zentrum stimmen dabei lebhaft zu), so ist seine Rede doch voller Wohlwollen für die neuen Verträge. Er beantragte Verweisung an eine 28gliedrige Kommission. Etwas lebhafter ging der Abg. Bernstein ins Zeug. Er sprach sich im Namen der Sozialdemokratie sehr energisch gegen die Handelsverträge aus, die die Lebensmittel und Bedürfnisse der ärmeren Klassen verteuern. Die Konservativen sandten den Grafen Kanitz, die freisinnige Volkspartei den Präsidenten und Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft Kämpf, die Nationalliberalen den Rittergutsbesitzer Sieg auf die Rednertribüne. Graf Kanitz forderte noch größeren Schutz der Landwirtschaft und kurzfristige Verträge. Herr Kämpf bezeichnete die Agrarier als Schreihehler unter den Kindern des deutschen Vaterlandes. Herr Sieg riet, die Streitart wegen der Handelsverträge zu begraben. Die Landwirtschaft und die Industrie kämen beide zu ihrem Rechte! Von den Vertretern der Verbündeten Regierungen ergriff nur Poladowsky zweimal das Wort. Er sagte, daß die Bedenken gegen einzelne Positionen zum guten Teil unbegründet seien und daß die Verhandlungen äußerst schwierig gewesen seien. Eine ausführliche Erwiderung stellte der Staatssekretär für morgen in Aussicht. Graf v. Bülow sprach privatim sehr eingehend mit dem Handelsminister über die Lage im Essener Streitgebiet.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschloffen, zum Etat des Reichskanzlers folgende Resolution einzubringen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Aufenthaltsverhältnisse der Ausländer in Deutschen Reich vorzulegen.

Die Wahlprüfungskommission beschloß, die Wahl des Abgeordneten Korsantj (Pole) für ungültig zu erklären.

Bergarbeiter-Knoßhände.

Essen, 9. Febr. Die Siebener-Kommission richtete eine Eingabe an den Reichskanzler, in der bedauert wird, daß die Regierung der reichsgesetzlichen Regelung der Berggesetzgebung nicht zustimme und um Ausnahmehinrichtungen folgende Punkte in das preussische Berggesetz beteten wird: 1) Beitr. Schichtdauer, 2) Verbot von Lieber- und Sonntagsarbeit, 3) Verbot des Wagnenfahrens, 4) Einsetzung eines Arbeiterausschusses, der aus geheimer Wahl hervorgeht, 5) Beitr. Strafen, die höchstens die Hälfte des täglichen Durchschnittslohnes betragen dürfen, 6) Beitr. Reform des Knappschafstwesens.

Essen a. R., 9. Febr. Die seit heute Morgen 9 Uhr tagende Revierkonferenz der streikenden Bergarbeiter beschloß gegen 2 Uhr die Annahme einer Resolution, die sich für die Wiederaufnahme der Arbeit ausspricht.

Essen a. R., 9. Febr. In den heute Nachmittag in Essen und Umgegend einberufenen öffentlichen Versammlungen der Bergarbeiter wurde mit überwiegender Majorität beschlossen, dem Beschluß der Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht beizustimmen, vielmehr im Auslande zu verharren. In den Versammlungen der Bergarbeiter kam es fast überall zu tumultuariischen Szenen. Gegen die Siebener-Kommission wurden heftige Vorwürfe erhoben und die Mitglieder als Verräter, die beschloffen seien, bezeichnet. Aus Gelsenkirchen, Herne und Dortmund ließen ähnliche Meldungen vor. Auch dort haben sich die Bergarbeiter mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen.

Essen, 10. Febr. Der Beschluß der Delegiertenkonferenz findet lebhaften Widerspruch. Die Erregung äußerte sich derart, daß bei der Verkündung des Beschlusses der Abgeordnete Sachse flüchten mußte. Sues wurde tätlich angegriffen. In Bottrop und in Bruchhausen ist man für die Wiederaufnahme der Arbeit, ebenso in Essen.

Ruhrort, 10. Febr. Eine Belegschaftsversammlung in Reumühl beschloß, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Bochum, 10. Febr. Eine Versammlung von 8000 Bergarbeitern erklärte sich nach einer Rede des Abgeordneten Sachse für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Oberhausen, 10. Febr. Zwei Versammlungen sprachen sich hier gegen die Wiederaufnahme der Arbeit aus.

Carnap, 10. Febr. Eine Arbeiterversammlung erklärte ihre Zustimmung zu dem Beschluß der Delegiertenkonferenz.

Altenessen, 10. Febr. Eine Bergarbeiterversammlung entschied sich für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Dortmund, 10. Febr. Die Belegschaften beschloffen, gemeinsam auf die Zechen zu gehen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Sollte einer der Arbeiter gemahregelt oder entlassen werden, wollen sie alle wieder die Arbeit verlassen.

Breslau, 9. Febr. Auf den Gruben der „Schlesischen Kohlen- und Eiswerke“ ist bei der gestrigen und heutigen Frühsschicht die gesamte Belegschaft angefahren. Berlin, 9. Februar. Mit dem Bergarbeiterstreik beschäftigte sich heute der deutsche Landwirtschaftsrat. Es wurden Bedenken dagegen geäußert, daß die preussische Regierung die Sache der kontraktbrüchigen Arbeiter durch die angeforderte Novelle zum Berggesetz unterstützen wolle. Die Versammlung sprach sich vorläufig nicht für eine Verstaatlichung des Bergbaus aus.

Brüssel, 9. Febr. Im Becken von Charleroi streikten 26 000 Mann, d. h. zwei Drittel des Grubenarbeiterbestandes. Im Borinagebecken, wo ebenfalls 26 000 Mann streikten, ist der Ausstand ein allgemeiner.

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 9. Febr. Mit großer Bestimmtheit tritt das Gerücht auf, daß in den Stadtvierteln ein Zusammenstoß zwischen Truppen und Streikenden stattgefunden habe, wobei es viele Tote und Verwundete gegeben haben soll.

Dorpat, 9. Febr. Das Professoren-Kollegium beschloß mit 28 gegen 7 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen die Vorlesungen der erregten Stimmung der Studentenschaft wegen zeitweilig einzustellen.

Kattowiß, 10. Febr. Bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Militär und Arbeitern sollen in Sosnowice 15 Arbeiter getötet und 35 verwundet worden sein.

Sosnowice, 10. Febr. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es gestern bei der Katharinenhütte zwischen Truppen und Arbeitern. Das Militär gab 8 Salven ab. 54 Arbeiter sollen tot sein, 70 verwundet. Auch bei der Miniflagraube erfolgte ein Zusammenstoß. Hier soll es 150 Tote gegeben haben, doch sind die Gerüchte unkontrollierbar.

Odessa, 9. Febr. Das Professorenkollegium nahm einen Antrag an, daß die Fortsetzung der Studien wegen der unter der Jugend herrschenden Erregung nicht möglich sei. Das Kollegium erachtete es daher für notwendig, die Vorlesungen einzustellen.

Kertsch, 9. Febr. Die Arbeiter sämtlicher Dredgen sind in den Ausstand getreten.

Krieg in Oskasen.

Auropatkin abgesetzt?

Paris, 9. Febr. Das Gerücht tritt immer bestimmter auf, Auropatkin werde im Oberkommando der mandtschurischen Armee durch den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch ersetzt werden.